

Antwort

auf die Motion 377 Christoph Portmann namens der SVP-Fraktion, vom 28. Februar 2000.

Ansiedlung von neuen Firmen im Bereich Hightech in der Stadt Luzern

In der Motion wird verlangt, dass der Stadtrat zu Händen des Grossen Stadtrates einen Bericht abzufassen hat, welcher aufzeigt, mit welchen Massnahmen in den nächsten vier Jahren die Ansiedlung von neuen Firmen im Bereich der „Hightech“ gefördert werden soll.

1. Generelle Bemerkungen

Die Ansiedlung von wertschöpfungsintensiven Arbeitsplätzen in den Bereichen der Informatik, der Kommunikation sowie der Bio- und Gentechnologie ist eine Zielsetzung, welche sich jede Wirtschaftsförderung und Standortpromotion stellt. Die Stadt Luzern steht in diesem Bereich in einem harten Konkurrenzkampf mit anderen regionalen und nationalen Standorten. Gemeinsam sind in partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit Privaten und der Wirtschaft in den vergangenen Jahren bedeutende infrastrukturelle Vorleistungen getätigt worden. Dadurch hat Luzern nicht nur als Wohnort, sondern auch als Wirtschaftsstandort an Profil und Attraktivität gewonnen. Aus Gesprächen und Kontakten mit der Wirtschaft wird uns bestätigt, dass sich die Rekrutierung von Arbeitskräften an Standorten mit einer überdurchschnittlichen Attraktivität wesentlich einfacher und erfolgreicher gestaltet. Dies trifft vor allem für die wertschöpfungsintensiven Branchen, welche in der Motion erwähnt sind, zu. Aus diesen grundsätzlichen Feststellungen kann abgeleitet werden, dass die Chancen für den Standort Luzern vorhanden sind.

Mit den vollzogenen Steuergesetzrevisionen zu Beginn der Neunzigerjahre sind die fiskalischen Rahmenbedingungen und die Konkurrenzfähigkeit für juristische Personen gegenüber anderen Standorten nachhaltig und entscheidend verbessert worden. Die Konkurrenzfähigkeit im Bereich der juristischen Personen sind intakt. Trotz dieser für die Wirtschaft erfreuliche Entwicklung stellen wir fest, dass der Standort Luzern sein Image als „Hochsteuerkanton“ noch nicht verloren hat. Dies mag einerseits daran liegen, dass die Belastung bei den natürlichen Personen im Vergleich zu einigen Nachbarkantonen höher ist. Andererseits sind im Zusammenhang mit der Verbesserung der steuerlichen Rahmenbedingungen anfangs der Neunzigerjahre keine, bzw. nur unbedeutende Marketingmassnahmen lanciert worden. Generell halten wir fest, dass der Standort Luzern gegen aussen vermehrt mit seinen zahlreichen Stärken argumentieren und selber konsequenter an den noch vorhandenen Schwächen arbeiten soll.

Im Bereich der Wirtschaftsförderung sind wir seit dem konjunkturellen Aufschwung mit einer hohen Nachfrage von zentral gelegenen und attraktiven Büro- und Gewerbeflächen konfrontiert. Einerseits bestehen Anfragen von in Luzern ansässigen Firmen, die wegen ihrer erfolgreichen Geschäftstätigkeit wachsen und zusätzlichen Raumbedarf haben. Andererseits liegen konkrete Anfragen von in- und ausländischen Interessenten vor, welche von den überdurchschnittlichen Qualitäten der Stadt und Region profitieren möchten. Dabei handelt es sich erfreulicherweise auch um die in der Motion erwähnten wertschöpfungsintensiven Branchen.

Im Bereich „Arbeiten“ sind in den vergangenen Jahren keine bedeutenden Bauvorhaben und Investitionen für neue Dienstleistungszentren auf dem Stadtgebiet getätigt worden. Die Gründe sind in den konjunkturellen Problemen sowie den beschränkt vorhandenen Raum- und Landreserven auf dem Stadtgebiet zu suchen. Dadurch kann die heute bestehende hohe Nachfrage nach Büro- und Gewerberäumlichkeiten bei weitem nicht abgedeckt werden.

Nebst der Schaffung von attraktiven Dienstleistungszentren muss es aber auch gelingen, auf dem Stadtgebiet weitere attraktive Wohnüberbauungen zu realisieren. Die nachfolgende Aufstellung zeigt, dass sich zur Zeit über 1'300 Wohnungen im Bau- bzw. Planungsverfahren befinden: Geissensteinring (40 Wohnungen), Bäckerfachschule (40 Wohnungen), Oberlöchli (160 Wohnungen), Büttenen (65 Wohnungen), Schösslihalde (100 Wohnungen), Moosmatt (175 Wohnungen), Lützel matt (60 Wohnungen), Tribtschen (600 Wohnungen), Hitzlisberg (20 Wohnungen), Lindenfeld (35 Wohnungen), Mühlematt (15 Wohnungen), Carlton-Tivoli (50 Wohnungen).

Erfreulich an dieser Auflistung ist die Tatsache, dass der Anteil an Wohneigentum überdurchschnittlich hoch ist. Dadurch wird die heutige Marktsituation im Bereich des Wohneigentums massgeblich entschärft. Mit dieser Verbesserung des Angebots soll erreicht werden, dass Arbeitnehmerinnen und -nehmer aus wertschöpfungsintensiven Branchen wieder vermehrt in der Stadt Luzern einen Wohnsitz begründen können.

2. Massnahmen des Stadtrates

Der Stadtrat hat 1997 im Bereich der Wirtschaftsförderung die Stelle für Wirtschaftsfragen geschaffen, welche im Bereich der Wirtschaftsentwicklung einerseits Neuansiedlungen und Expansionen begleitet und andererseits eine Anlaufstelle für ansässige Unternehmen sicherstellt. Seit Frühjahr 1999 werden durch die Kommission zur Attraktivierung der Luzerner Innenstadt als Marktplatz (ALI-Kommission) Projekte, welche eine Synergie zum Marktplatz Innenstadt aufweisen, finanziell und ideell unterstützt. Ergänzend zu diesen Aktivitäten hat die Kommission für Wirtschaftsfragen (KWF) einen verbindlichen Leistungsauftrag erhalten und den Dialog zwischen Wirtschaft und Politik intensiviert.

2.1. Ansiedlungen

Ansiedlungen auf dem Stadtgebiet können nur realisiert werden, wenn den Interessentinnen und Interessenten attraktive Räumlichkeiten offeriert und vermittelt werden können. In Zusammenarbeit mit Investoren, Generalunternehmen und der Baudirektion nimmt die Wirtschaftsförderung derzeit Koordinationsaufgaben mit dem Ziel wahr, rasch neue und attraktive Dienstleistungszentren auf dem Stadtgebiet zu realisieren. Aufgrund der beschränkt vorhandenen personellen und zeitlichen Ressourcen hat die Wirtschaftsförderung im Bereich der Ansiedlungen ein Netzwerk zwischen Treuhandbüros, Anwaltskanzleien, Immobilienagenturen und anderen Dienstleistungsunternehmen aufgebaut um die Aktivitäten im Ansiedlungsbereich mit Privaten zu koordinieren, bzw. zu unterstützen. Weiter hat die Stadt zusammen mit den Gemeinden Kriens und Horw sowie mit dem Kanton Luzern eine Planungsstudie für den Bereich Schlund im Industriegebiet an der Autobahn A2 in Auftrag gegeben. Die Stadt hat Grundeigentum in diesem Gebiet, das als Entwicklungsschwerpunkt für die Region dienen kann.

An der Gibraltarstrasse (Sentipark) und der Industriestrasse hat die Stadt Grundeigentum, das sich sehr gut für die Ansiedlung von Dienstleistungsbetrieben eignet. Der Stadtrat wird die notwendigen Beschlüsse dem Grossen Stadtrat unterbreiten. Gestaltungs-Wettbewerbe sind für den Pilatusplatz und den Kasernenplatz geplant. Beides sind hervorragend geeignete Geschäftsstandorte.

2.2. Wirtschaftliche Bestandspflege

Im Bereich der wirtschaftlichen Bestandspflege steht die Wirtschaftsförderung täglich in Kontakt mit Firmen und Unternehmungen. Einerseits entstehen Kontakte bei der Lösung von anstehenden Problemen im Spannungsfeld zwischen Wirtschaft und öffentlichen Institutionen und andererseits werden gezielt Kontakte nach den Kriterien „Bedeutung als Arbeitgeber“ bzw. „Bedeutung als Steuerzahler“ lanciert. So sind beispielsweise im Geschäftsjahr 2000 im Zusammenhang mit der Projektentwicklung „Reorganisation der touristischen Institutionen“ die Kontakte zur Tourismuswirtschaft (Hotellerie, Tourismushandel etc.) intensiviert und gepflegt worden.

3. Erstellung eines Wirtschaftsberichtes zu Händen des Grossen Stadtrates

Der Motionär verlangt, dass der Stadtrat zuhanden des Grossen Stadtrates einen Wirtschaftsbericht abfasst und dem Rat unterbreitet. Der Stadtrat möchte aus folgenden Überlegungen auf die Erstellung eines Wirtschaftsberichtes verzichten:

- Der Stadtrat ist davon überzeugt, dass die gesellschaftspolitischen Probleme und Zielkonflikte zwischen der Wirtschaft und der Politik nicht mit einem Bericht, sondern primär durch den ständigen gegenseitigen Dialog zwischen der Wirtschaft und der Politik zu lösen sind. Aus die-

sen Überlegungen hat der Stadtrat bei der Nomination und Wahl von Personen in die Kommission für Wirtschaftsfragen (KWF) den Anteil der Mitglieder der städtischen Legislative aus allen Fraktionen erhöht. Dadurch soll eine bessere Einbindung sowie breitere gesellschaftspolitische Abstützung erreicht werden. Die Kommission für Wirtschaftsfragen (KWF) hat den Dialog mit den verschiedenen politischen Fraktionen mit der Durchführung von Feierabend- sowie Fraktionsgesprächen bereits intensiviert.

- In der Einleitung hat der Stadtrat die massgeblichen Stärken und Schwächen des Wirtschaftsstandortes Luzern zusammengefasst und gleichzeitig über die heutigen Aktivitäten der städtischen Wirtschaftsförderung informiert. Aus den aufgeführten Informationen geht hervor, dass Firmen mit wertschöpfungsintensiven Arbeitsplätzen nur angesiedelt werden können, wenn entsprechende Raumangebote an attraktiven und zentralen Lagen geschaffen werden können. Um diese Ziele zu erreichen ist der Stadtrat bereit, den wirtschaftspolitischen Dialog zwischen den Fraktionen und der städtischen Wirtschaftsförderung zu intensivieren. Die sich ständig verändernden Rahmenbedingungen und Problemstellungen im wirtschaftspolitischen Bereich verlangen eine ständige Überprüfung und Anpassung der konzeptionellen und strategischen Ausrichtung. Der Stadtrat ist davon überzeugt, dass mit einer permanenten Anpassung der Konzeption sowie einer intensiveren wirtschaftspolitischen Kommunikation die wirtschaftspolitischen Zielsetzungen besser erreicht werden können. Stadtrat, KWF und Regionale Wirtschaftsförderung orientieren regelmässig über ihre Tätigkeit zur Förderung der Ansiedlung neuer und der Pflege bestehender Firmen

Der Stadtrat beantragt, die Motion entgegen zu nehmen und diese, da es sich um eine Daueraufgabe handelt, abzuschreiben.

Der Stadtrat von Luzern

Luzern, 14. Februar 2001 (StB 215)